



Fraktion im
Deutschen Bundestag

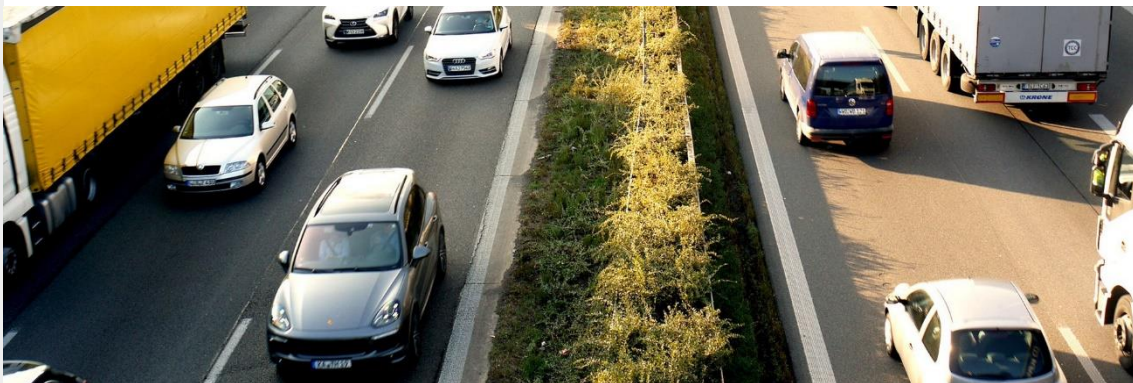
Landesgruppe
Baden-Württemberg

Fürs Ländle in Berlin!

15. März 2019



Individuelle Mobilität ermöglichen, nicht verhindern!

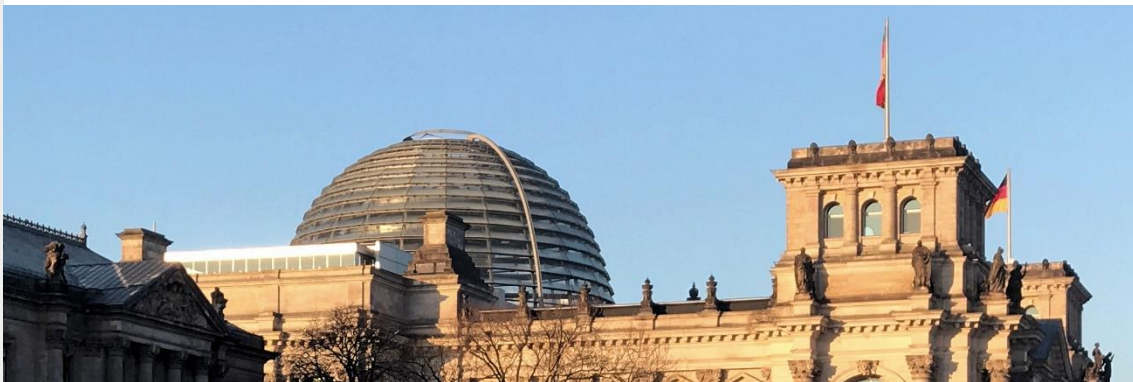


Fahrverbote in Städten, die den EU-Grenzwert für Stickoxide nur geringfügig überschreiten, sind in aller Regel unverhältnismäßig. Das hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag durch die Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes beschlossen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts sind Fahrverbote das letzte Mittel, um die Luftqualität zu verbessern. Sie sollen künftig in der Regel nur dann in Erwägung gezogen werden können, wenn in den betroffenen Gebieten ein Jahresmittelwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft überschritten wird. Der EU-Grenzwert liegt bei 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Insbesondere für Baden-Württemberg ist dies eine gute Nachricht: Außer Stuttgart dürften alle weiteren baden-württembergischen Städte Fahrverbote verhindern können, da sie den Grenzwert inzwischen nur noch geringfügig überschreiten. Auch das flächendeckende Euro-4-Fahrverbot in Stuttgart wurde in dieser Woche durch die Landesregierung ein Stück weit eingeschränkt. **Felix Schreiner MdB** (Wahlkreis Waldshut) stellte in seiner Rede die Erfolge bei der Luftreinhaltung heraus: Die Zahl der Städte, welche die EU-Grenzwerte für Stickoxide überschreiten, sinkt kontinuierlich - von 90 Städten im Jahr

2016 auf 65 Städte im Jahr 2017. Auch 2018 ist diese Zahl weiter gesunken. Die Maßnahmenkonzepte der Bundesregierung zeigen Wirkung. Auch ältere Dieselfahrzeuge mit geringen Emissionen werden künftig von Verkehrsverbotsen ausgenommen sein: Das betrifft die Euro-4- und Euro-5-Diesels, die im Realbetrieb unter 270 Milligramm pro Kilometer ausstoßen, sowie die Euro-6-Fahrzeuge. Auch für Handwerker- und Lieferfahrzeuge wurden Ausnahmen geschaffen, wenn Nachrüstungen vorgenommen wurden. "Unser Ziel bleibt die Förderung der Mobilität. Wir wollen die Leute in ihrer Mobilität nicht behindern, wir wollen sie vielmehr in ihrer Mobilität unterstützen. Wir wollen, dass individuelle Mobilität bezahlbar bleibt. Deshalb setzen wir auf einen breiten und technologieoffenen Antriebs- und Kraftstoffmix", so Schreiner weiter.

[# Flyer „Wichtige Entscheidungen gegen Fahrverbote“](#)

Faktencheck: Ein Jahr Große Koalition



Die Bundesregierung ist seit einem Jahr im Amt. In dieser Zeit hat die schwarz-rote Koalition schon manches Vorhaben auf den Weg gebracht, was den Bürgerinnen und Bürgern konkrete Verbesserungen bringt und unserem Land nutzt. Ein Schwerpunkt dieser Wahlperiode liegt auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei der Förderung von Familien. Das Baukindergeld erleichtert ihnen den Weg zu den eigenen vier Wänden und wird bereits sehr gut angenommen. Hinzu kommen die Erhöhungen von Kindergeld und Kinderfreibetrag und die Förderung von Kitas, für die der Bund in den nächsten Jahren 5,5 Milliarden Euro ausgeben wird. Hier, aber auch bei vielen anderen Themen gilt: die Koalition leistet gute Arbeit im Interesse der Menschen. Den „Faktencheck: Ein Jahr Große Koalition“ finden Sie auf den Seiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

[# https://www.cducsu.de/spezial/was-haben-wir-erreicht](https://www.cducsu.de/spezial/was-haben-wir-erreicht)

Schnellere Arzttermine, bessere Versorgung im ländlichen Raum, mehr Kassenleistungen



Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag das Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) beschlossen. Ziel des Gesetzes ist es, dass die Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung schneller einen Arzttermin und einen besseren Zugang zur medizinischen Versorgung erhalten. Die Terminservicestellen werden ausgebaut, um Patienten rund um die Uhr bei der Suche nach einem Arzt zu unterstützen. Außerdem wird sich die Mindestsprechstundenzeit bei niedergelassenen Ärzten von 20 auf 25 Stunden erhöhen und einige Facharztgruppen dazu verpflichtet, mindestens fünf Stunden pro Woche als offene Sprechstunde anzubieten.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Karin Maag MdB** (Wahlkreis Stuttgart II), macht deutlich: „Überlange Wartezeiten, Haus- und Fachärzte, die keine Patienten mehr aufnehmen und behandeln – wir nehmen den verständlichen Ärger der Patienten auf und verbessern mit dem TSVG ihre Versorgung. Dort, wo dies für die Ärzteschaft Mehrarbeit bedeutet, wird diese natürlich auch besser bezahlt“. Das TSVG sieht vor, dass diejenigen Ärzte mehr Geld erhalten, die neue Patienten aufnehmen. Hier ist eine extrabudgetäre Vergütung vorgesehen. Extra vergütet wird auch, wenn Ärzte offene Sprechstunden anbieten. Erhalten Patienten beim Arzt besonders schnell einen Termin, können die Ärzte zusätzlich zur extrabudgetären Vergütung mit Zuschlägen von bis zu 50 Prozent rechnen. Darüber hinaus stärkt das Gesetz den Zugang zur medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. So werden Ärzte, die in wirtschaftlich schwächeren und vertragsärztlich unterversorgten ländlichen Räumen praktizieren, über regionale Zuschläge besonders unterstützt. Ferner können die Bundesländer in dünn besiedelten oder strukturschwachen Gebieten auf Zulassungssperren für Arztpraxen verzichten.

Karin Maag unterstreicht zudem das verbesserte Versorgungsangebot für gesetzlich Versicherte: „Wir erhöhen die Festzuschüsse bei Zahnersatz und führen den Anspruch auf eine Versorgung mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln zur Präexpositionsprophylaxe (PrEP) für Versicherte mit einem substantiellen HIV-Infektionsrisiko ein. Außerdem sollen die gesetzlichen Krankenkassen künftig auch dann das Einfrieren von Ei- und Samenzellen (Kryokonservierung) finanzieren, wenn zu erwarten ist, dass ein Patient, zum Beispiel nach einer Krebserkrankung, unfruchtbar sein wird“.

#StarkerStaat: Integration ist auch Integration in den Rechtsstaat



Den Rechtsstaat zu stärken und eine Debatte darüber zu führen, wie dies schnell und effektiv gelingen kann – das ist das Ziel der Kampagne „Starker Staat“, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in diesen Wochen in den Sozialen Medien durchführt. Eines der Kernthemen: Wie können wir die Clan-Kriminalität in unserem Land besser eindämmen? Allein im Jahr 2017 gab es bundesweit 572 Ermittlungsverfahren, insbesondere in Berlin, Bayern und Nordrhein-Westfalen. Von Rauschgifthandel über Schleuserkriminalität und Waffenhandel gibt es viele Delikte, die mutmaßlich durch kriminell organisierte Großfamilien durchgeführt werden. Ihnen ist oft nur schwer beizukommen. Als Teil der Kampagne begab sich die Integrationsbeauftragte der Bundestagsfraktion, **Nina Warken MdB**, diese Woche in den Berliner Bezirk Neukölln zu einem „Kiezspaziergang“. CDU-Fraktionsvorsitzender Burkhard

Dregger und Bezirksstadtrat Falko Liecke führten sie durch ein einschlägiges Viertel und erläuterten, welche Pläne die CDU auf Landes- und Bezirksebene hat, um dem wachsenden Problem Herr zu werden. Alle waren sich einig, wie wichtig es ist, dass Bund, Land und Kommune hier geschlossen vorgehen. Der von der Unionsfraktion forcierte „Pakt für den Rechtsstaat“ ist dabei ein zentraler Baustein, weil er zusätzliche Mittel für Richter und Staatsanwälte bereitstellt. „Wir müssen alle Möglichkeiten des Rechtsstaates ausschöpfen“, so Warken, „wenn wir diese Strukturen der organisierten Kriminalität bekämpfen wollen. Wer hier lebt, für den gelten unsere Gesetze und unser Wertesystem. Integration ist auch Integration in den Rechtsstaat. Er muss die Menschen, die hier zum Teil schon jahrzehntelang leben, auf sich festlegen“.

Frauentag: Schon viel erreicht, noch viel zu tun



Die Plenarsitzung am Freitag startete mit einer Debatte anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März. „Wir haben viel erreicht“, stellte **Annette Widmann-Mauz MdB** (Wahlkreis Tübingen), Staatsministerin für Integration und Bundesvorsitzende der Frauen Union, gleich zu Beginn ihrer Rede fest. Als „Meilenstein“ bezeichnete sie die Einführung des Frauenwahlrechts vor 100 Jahren. Seitdem können Frauen nicht nur wählen, sondern auch ihre Themen setzen. Dennoch könne man sich nicht mit dem Erreichten zufrieden geben und machte dies unter anderem an der geringeren Entlohnung sozialer Arbeit, fehlenden Aufstiegschancen und nicht zuletzt Gewalt gegen Frauen deutlich. „Für Gewalt gegen Mädchen und Frauen gibt es null Toleranz“ - diesen Leitsatz hat die Koalition etwa durch die Reform des Sexualstrafrechts oder das Verbot von Kinderehen und Genitalverstümmelung verfolgt. Ein besonderes Augenmerk richtete Widmann-Mauz auf Frauen, die aus Regionen kommen, in denen Unterdrückung und Gewalt zum Alltag gehören: „Was wir jetzt brauchen, ist eine Integrationsoffensiv“. Wenn es gelinge, dass die Frauen, die zu uns kommen, frühzeitig an Integrationskursen teilnehmen, die Sprache lernen und den Berufseinstieg schaffen, dann werde auch die Integration ihrer Kinder gelingen. Als eine „Frage der Glaubwürdigkeit dieses Hauses“ bezeichnete Widmann-Mauz nicht zuletzt die Repräsentation von Frauen im Parlament. In 70 Jahren sei es nicht annähernd gelungen, dass die Hälfte der Abgeordneten Frauen seien. Deshalb müsse man „jetzt die konkreten Schritte festlegen, um neue Instrumente für die gleiche Teilhabe von Frauen im Bundestag zu entwickeln“.

Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter [bundes-tag.de/mediathek](https://www.bundes-tag.de/mediathek).

Pressemeldungen

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie auf der [Website der CDU-Landesgruppe](#).

Kontakt

Platz der Republik
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 - 70269
Fax 030 / 227 - 76251

Weitere Informationen finden Sie unter

[E-Mail](#)
[Website](#)



Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag).

Impressum:

CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[*Newsletter abbestellen*](#)